

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 09/2024 vom 24. Oktober 2024, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Philipp Deriaz Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Anja Dolder, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi (bis und mit Traktandum 3, 18.30 Uhr), Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Manon Jaccard, Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener (bis und mit Traktandum 5, 19.00 Uhr), Barbara Lehmann Rickli, Michelle Marbach, Michael McGarty, Vanessa Meier, Lara Müller, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Reymondin, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Malenka Schmutz, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Matthias Zellweger, Angelika Zimmermann
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmänn, Gemeinderat Reto Schertenleib
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Judith Lüdi
Entschuldigt	Stadtrat Manfred Locher
Schluss der Sitzung	19:30 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Sitzung. Besonders begrüsst er den Verein Ludothek. Er weist darauf hin, dass im Saal um 19.15 Uhr der Folgeanlass «Frau + Politik» geplant ist. Er freut sich auf eine speditive Sitzung.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

109. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19. September 2024

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

110. Dringliches Postulat P 19/2024 betreffend eine Buslösung Seefeldstrasse

Alice Kropf (SP) und Fraktion SP vom 22. August 2024; Beantwortung

Der Stadtpräsident erlaubt sich, das Postulat in einem Gesamtzusammenhang zu erklären. Verschiedene Entwicklungsgebiete wie das Siegenthalergut und das Bostudenzelg zeigen, dass sich die Stadt tendenziell auf der Südseite entwickelt. Das verdeutlicht die Notwendigkeit einer Haltestelle auf der Südseite vom Bahnhof. Weiter reduziert eine solche Haltestelle die Belastung des Maulbeerkreisels. Ausgangslage war es, auf der Südseite eine gute und sinnvolle Lösung für eine Haltestelle zu finden. Durch das Grundlagenprojekt Verkehr (2019) zeigte sich, dass der Bereich Seefeldstrasse rein fachlich betrachtet die beste Lösung bietet. Diese Lösung wurde aufgrund von Eingriffen in Privateigentum angefochten. Dies wiederum veranlasste den Gemeinderat, die Lösung als politisch nicht mehrheitsfähig einzustufen. Mit dem Charrette-Verfahren sollte zur Variante S0 die beste Alternative evaluiert werden. Die daraus resultierende Lösung hiess Frutigenstrasse inklusive Mittelperrons. Er findet, dass es ein Gewinn ist, die beste Alternative zur Seefeldstrasse nun zu kennen. Er weiss, dass es auch Einwände gegen eine Bushaltekante an der Seefeldstrasse geben kann. Er bekundet, über die Deutlichkeit der Antworten aus der Kurzvernehmlassung überrascht gewesen zu sein. Ihre Argumentation gilt nicht mehr, denn es gibt nun auch politisch das Signal, dass die Seefeldstrasse die bevorzugte Lösung ist. Er erklärt, dass bei einer Annahme vom Vorstoss die Variante Seefeldstrasse inklusive Mönchstrasse zur Lösungsfindung vorgegeben wird. Bei einer Ablehnung vom Vorstoss werden sie mit der Frutigenstrasse weiterfahren. Sie empfehlen die Annahme, können aber auch mit der Variante Frutigenstrasse leben.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, war irritiert und in ihrem sozialdemokratischen Herz erschüttert, dass 0,1 Prozent der Bevölkerung beim Gemeinderat so viel Gehör und Gewicht finden. Sie ist überzeugt, dass diese 0,1 Prozent niemals so viel Gehör erhalten hätten, wenn es sich dabei um Menschen mit Sozialhilfebedarf oder Migrationshintergrund gehandelt hätte. Sie findet, dass ein Festhalten an der Frutigenstrasse auch übergeordneten Strategien, wie der Klimastrategie, widersprochen hat. Sie zitiert aus der Klimastrategie: «Um die direkten Emissionen im Verkehr auf null zu senken, ist eine Reduktion des Anteils MIV und ein Umstieg auf Fuss- und Veloverkehr sowie ÖV zentral.» Mit der Buslösung S0 können der ÖV und der Fussverkehr gestärkt und eine Schwächung des Veloverkehrs verhindert werden. Sie ist glücklich, dass der Gemeinderat den Rank noch gefunden hat und das Postulat zur Annahme empfiehlt. Sie weiss, dass sich von den 18 an der Kurzvernehmlassung Mitwirkenden 15 für die Variante S0 ausgesprochen haben. Weiter folgten aus der Kurzvernehmlassung interessante Inputs wie Veloparkplätze und eine Fussgängerinnenunterführung. Mit dem Busbahnhofsüd ist es zwingend notwendig, dass die BLS die Unterführung und Rampe erweitert, inklusive Perronlift. Sie fragt den Gemeinderat, ob diesbezüglich schon etwas Konkretes bekannt ist. Mehrere Rückmeldun-

gen von namhaften Stakeholdern zeigen, dass die Vermeidung von Eingriffen in die Vorgärten und Allee nicht sakrosankt ist. Sie betont, dass die Allee zwingend erhalten werden muss. Dennoch sollte geprüft werden, ob eine andere Anordnung der Allee zielführend sein kann. Weiter könnten in diesem Zusammenhang einheimische Bäume zum Einsatz kommen. Sie weist darauf hin, dass der Mit- einbezug der Mönchsstrasse positiv bewertet wurde. Sie ist erfreut, dass mit einem Postulat etwas bewirkt werden kann.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, äussert, dass sie das Postulat unterstützen. Ihrer Meinung nach wäre die Lösung Frutigenstrasse klar falsch. Am 4. Juni wurde das Geschäft mit Verpflichtungs- kredit für die Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzept praktisch diskussionslos gutgeheis- sen. Die Lösung mit der Frutigenstrasse und Mittelkante ist aus ihrer Sicht nicht umsetzbar. Der Ver- such, die Busse 2, 3 und 5 am Bahnhof Süd halten zu lassen, zeigte, dass die Lösung Thun Süd funkti- oniert. Auch sie priorisieren die Lösung mit der Haltestelle Seefeldstrasse. Er plädiert dafür, die an- grenzende Mönchsstrasse bei der Lösungsfindung zwingend miteinzubeziehen.

Für Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, ist es unbestritten und nicht überraschend, dass die Stadt Thun gezwungenermassen gewisse Busse hinter dem Bahnhof durchfahren lassen muss. Er plä- diert für eine gute, praktikable und zukunftsgerichtete Lösung. Etwas zu bauen, dass der intensiven ÖV-Nutzung nicht standhält wäre sinnlos. Die Variante S0 mit Mönchsstrasse ist der Frutigenstrasse klar überlegen. Er versteht die die spezifischen Interessen der Anwohnenden und deren Engagement für eine andere Lösung, findet diesen Aspekt in einer politischen Gesamtschau jedoch untergeordnet. Womöglich soll auf das Interesse eingegangen werden. Sie finden, solche Projekte müssen sorgfältig und nach dem grösstmöglichen Nenner umgesetzt werden. Überlegungen wie das Weglassen von gewissen Veloparkplätzen vis à vis vom Parkhaus oder die Umsetzung von doppelstöckigen Veloab- stellplätzen müssen zwingen miteinbezogen werden. Auch erwähnt er ein mögliches Einbahnregime rund ums Parkhaus. Sie stimmen der Lösung Seefeldstrasse mit Mönchsstrasse grossmehrheitlich zu.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, begrüsst das Vorgehen vom Gemeinderat, im Besonderen die Um- frage bei beteiligten Interessengruppen. Dies schafft günstige Voraussetzungen fürs weitere Vorge- hen. Wichtig ist ihnen, dass es keinen Eingriff ins Privateigentum gibt. Sie unterstützen die Variante Seefeldstrasse und folgen dem Antrag vom Gemeinderat.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, unterstützt vieles von bereits Genanntem. Es scheint klar, dass die Buslösung auf der Frutigenstrasse keine Zukunft hat. Von Bedeutung erscheint ihr, dass der Stras- seneigentümer, also der Kanton, nicht einverstanden ist. Heute werden die Weichen für den Stand- ort Südseite gestellt. Sie betont, dass der Standort nicht unabhängig von der Nordseite betrachtet werden kann. Am Schluss muss das ganze System funktionieren und in einem grösseren Kontext be- trachtet werden. Für sie ist die Variante S0 nur mit Einbezug der Mönchsstrasse eine Option. Sie be- tont auch die zentrale Bedeutung vom Ortsbildschutz. Würde an der Mönchsstrasse eine Fliesskante entstehen, so bräuchte es in unmittelbarer Nähe einen Ersatz an Veloabstellplätzen. In Anbetracht der laufenden Entwicklungen wie Siegenthalergut und Bostudenzelg würden sie nicht nur mehr, son- dern auch qualitativ bessere Veloabstellplätze gutheissen. Es gilt, auch die Fortsetzung einer Bahn- hofstelle auf der Südseite zu bedenken. Zu fragen wäre hier, ob die Fusswege für die Menge an fre- quentierenden Leuten ausreichend breit sind und ob der Bahnhof für alle gleichermassen zugänglich ist. An der Umsetzung am Bahnhof Süd zeigt sich exemplarisch, wie schwierig die Planung in Innen- städten aufgrund von unterschiedlichen Bedürfnissen und engen Platzverhältnissen ist. Sie plädiert für Fliesshaltestellen, statt eigener Haltekanten für jede Linie. Mit der bald kommenden Tangentialli- nie gibt es erstmals eine Linienführung, die Thun Nord mit anderen Quartieren verbindet, ohne am Bahnhof Thun vorbeizuführen. Sie findet, dass zukünftig vielleicht nicht jeder Bus am Bahnhof vor- beikommen muss. Der Prozess an sich hinterlässt bei ihnen viele Fragezeichen. Wie das zweijährige

Charrette-Verfahren zu einer nicht zukunftssträchtigen Lösung kommt, ist für sie unverständlich. Sie fragt sich, wie sich die gleichen Akteure nun in einer Kurzvernehmlassung dezimiert gegen diese Lösung aussprechen können. Weiter ist für sie unerklärlich, wie an einer Lösung gearbeitet werden kann, ohne die Strasseneigentümerin von Beginn an mit an Bord zu haben. Die Fraktion ist klar gegen die Frutigenstrasse. Die Seefeldstrasse heissen sie nur in Kombination mit der Mönchsstrasse gut. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Der Stadtpräsident dankt für die grossen und wichtigen Voten. Er hält nochmals fest, wie man zu diesem Vorgehen kam. Man wollte die beste Alternative zur fachlich besten, aber hier ausgeschlossenen Lösung, um die beiden gegeneinander abwägen zu können. Hätte man das nicht gemacht, gäbe es jetzt verschiedene Voten, die für eine bessere Lösung plädieren würden. In dem Charrette-Verfahren haben viele mitgedacht, um eine gute und mehrheitsfähige Lösung zu erhalten. Er findet es gut, nun zwischen diesen beiden Varianten zu entscheiden und freut sich auf die Richtungsangabe.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, betont, dass die Variante Seefeldstrasse ohne dieses Postulat nicht mehr bestehen und mit der Frutigenstrasse weitergeplant werden würde. Ihre offene Frage bezüglich BLS wird sie mit dem Stadtpräsidenten bilateral klären.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 38 : 1 Stimmen als erheblich.

111. Motion M 01/2024 betreffend Reglement für die Regulierung von Zweitwohnungen zur Kurzzeitvermietung

Martin Allemann (SP), Peter Aegerter (SVP), Alois Studerus (Die Mitte), Fraktion SP, Fraktion Grüne und Fraktion GLP/EVP/EDU vom 13. Juni 2024; Beantwortung

Der Stadtpräsident erklärt, dass der Gemeinderat Airbnb im Sinne einer vorausschauenden Politik irgendwie regeln will und empfiehlt die Annahme der Motion. Sie wollen die Situation sauber analysieren und von den Erfahrungen von anderen Städten und Gemeinden lernen. Er bestätigt, dass der Text der Motion nicht ganz präzise ist. Er weist darauf hin, dass der Zeitungsartikel bezüglich 90-Tagefrist und deren nach Gemeindepräsidenten Interlaken schwerer Kontrollierbarkeit, erst nach Verabschiedung des Stadtratsberichts erfolgte. Sie wollen die möglichen Varianten einer Regelung analysieren und eine zu Thun passende und umsetzbare Regelung machen. Er äussert, dass mit der Eingabe des Vorstosses als Postulat womöglich mehr Spielraum bewahrt werden könnte. Sie finden aber, mit einer Motion kann eine gute Regelung besser dokumentiert werden. Er weist darauf hin, dass ihr Vorgehen bei einer Annahme klar ist, unabhängig davon, ob der Vorstoss als Postulat oder als Motion eingeht. Er äussert, dass die Erarbeitung des Reglements noch für die laufende Legislatur angestrebt, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass es gewisse Abhängigkeiten gibt und ihre Ressourcen begrenzt sind.

Martin Allemann (SP-Fraktion) teilt die Ansicht vom Gemeinderat, dass aktuell kein Problem besteht. Seiner Meinung nach muss nun eine Regelung erfolgen, damit kein Problem entsteht. Auf die Tourismusströme und die Qualität des Tourismus kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Er bedauert, dass im Wortlaut der Motion nicht alle möglichen Formen der Vermietung aufgeführt sind und weist darauf hin, dass sie dies aber in der Begründung sind. Die Motion zeigt eine Stossrichtung, die in einem Reglement besser dargelegt werden kann. Wichtig ist ihm, dass der Gemeinderat dem Stadtrat zeitnah einen Reglementsentwurf vorlegt. Er hält trotz schriftlicher Ankündigung einer möglichen Umwandlung in ein Postulat nun an der Form einer Motion fest. Mit einer Motion beweist der

Stadtrat, dass die Thematik wichtig ist und er ein Reglement wünscht. Er zitiert die Definition von einem Postulat gemäss Artikel 47 Absatz 1. Das Postulat ist somit nur ein Prüfauftrag an den Gemeinderat, der keine definitive Ausarbeitung eines Reglements beinhaltet. Er will aber einen Umsetzungsauftrag verabschieden. Er zitiert die Definition von einer Motion gemäss Artikel 49 Absatz 1. Er hält fest, dass der Gemeinderat den Wortlaut der Motion nicht eins-zu-eins übernehmen muss. Mit der Umsetzung der Motion wird also nicht zugleich ein Reglementstext verabschiedet. Er bittet, die Motion zu überweisen und schaut der Diskussion gespannt entgegen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist froh, dass die Stadträte und Stadträtinnen den Handlungsbedarf erkannt haben. Sie wünschen, dass der Gemeinderat noch vor Ende dieser Legislatur ein Reglementsentwurf vorlegt. Die Parteileitung der SP hat in Aussicht gestellt, bei einer Ablehnung der Motion weiterhin an dem Thema zu arbeiten, allenfalls in Form einer Initiative. Sie nehmen die Motion einstimmig an.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, hält fest, dass sie eine Motion nicht unterstützen. Er beantragt die Umwandlung der Motion in ein Postulat und fordert vor dem Erheblichkeitsbeschluss einen Sitzungsunterbruch. Er zeigt sich über die Stellungnahme vom Gemeinderat leicht empört, da für ihn kein Wille zur Umsetzung erkennbar ist. Eine Umwandlung befürwortete er auch aufgrund des unklaren Motionstextes. In dem Motionstext ist nur von Zweitwohnungen, nicht aber von institutionellen Anlagen oder der Umnutzungen von klassischen Familienwohnungen die Rede. Primär geht es ihm um eine Regelung bezüglich Nutzung von Privateigentum. Es kann nicht sein, dass dem Markt bei einem Leerwohnungsbestand von 0,13 Prozent in grossem Stil Wohnungen entzogen werden. Hier im Rat gilt, eine ehrliche, klare und transparente Politik zu praktizieren. An der Form der Motion festzuhalten ist für ihn ein staatspolitischer Fehler. Seiner Erfahrung nach wurde bisher die Aussage gemacht, dass der Vorstosstext Gültigkeit hat und über allem steht. Es würde also eine weitere Motion eingereicht, die der Gemeinderat nicht umsetzen will – das Thema Schule lässt grüssen. Er ist mit Stadtrat Martin Allemann einig, dass das Reglement zur gewerblichen Kurzzeitvermietungen noch in dieser Legislatur vorliegen muss. Er betont, dass es nicht um ein grundsätzliches Verbot von Kurzzeitvermietungen geht. Kurzzeitvermietung soll auf gewissen Plattformen möglich sein, aber in einem gewissen Mass. Für Einzelne oder auch den Gemeinderat vermag das Thema keine akute Problematik darstellen. Er verweist aber auf jüngste Beispiele wie die Bellvuestrasse oder die alte Waldegg im Lerchenfeld, die klar darauf hinweisen, dass sich die Situation in Thun schnell ändern kann. In beiden Fällen wurden bestehende Mietverhältnisse gekündet und Wohnraum für Familien ging oder geht verloren. Es kann nicht sein, dass sich auf ausgeschriebene Mietwohnungen professionelle Plattformbetreiber umgehend melden und für die Jahresmiete das Doppelte oder gar Dreifache offerieren. Die grösseren Gemeinden um den Thunersee haben bereits reagiert oder befinden sich im Prozess der Lösungsfindung. Die Fraktion wünscht sich die Umwandlung der Motion in ein Postulat, damit der Gemeinderat in aller Freiheit und Flexibilität ein Reglement ausschaffen kann. Als Motion würden sie den Vorstoss grossmehrheitlich nicht überwiesen. Aus Gründen der bereits erwähnten Ehrlichkeit und Transparenz, werde ich die Motion zähneknirschend überweisen.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, äussert, dass die verschiedenen Entwicklungen bezüglich Wohnungsvermietungen im Raum Thun, wie das Künden von Mietwohnungen und deren Umwandlung in Airbnbs oder in Hotelgebäuden, zu einem akuten Handlungsbedarf bezüglich Regelung geführt haben. Als Postulat kann die Ausarbeitung eines Reglements geprüft werden. Er weist darauf hin, dass in dem Rat bereits einige Vorstösse überwiesen wurden, die aufgrund des Wortlauts hätten abgelehnt werden müssen. Er ist der Auffassung, dass die Regelung in einem separaten Reglement und nicht im Baureglement erfolgen muss. Wohnraum muss geschützt werden. Ihre Haltungen sind geteilt. Einerseits geht es darum, liberal gewisse gewerbliche Tätigkeiten ohne Einschränkungen ausüben zu können. Er persönlich kann auch mit einem Postulat leben. Die Ausarbeitung des genauen

Reglementtextes sieht er als Aufgabe vom Gemeinderat und den entsprechenden Gremien. Er findet, Zweitwohnungen müssen von gewerbsmässig touristisch genutzten Wohnungen wie Airbnbs auseinandergehalten werden. Die Fraktion wird die Motion teilweise unterstützen und teilweise ablehnen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, bedauert, dass das Finden eines gemeinsamen Nenners unmöglich erscheint. Er tendiert dazu, dass beim Wandel in ein Postulat eher ein gemeinsamer Nenner hätte gefunden werden können und findet das Postulat ebenfalls die angemessenere Form. Primär geht es ihnen aber um den Inhalt. Er bestätigt, dass es nicht um eine flächendeckende Problematik geht. Dennoch erfolgte der Vorstoss aufgrund von vorliegenden Fällen. In unmittelbarer Nähe eines Schulhauses wurde Wohnraum für Familien und jene, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, gekündet. Dieser soll nun in Wohnraum für kurzfristiges Wohnen umgebaut werden. Er betont, dass es um ein relevantes, gesellschaftspolitisches Problem geht. Sie sind überzeugt, dass noch in dieser Legislatur mit grossem politischem Willen eine Regelung folgen muss. Schrankenloses Umbauen und Umnutzen darf nicht möglich sein. Es besteht bereits ein Mangel an Wohnraum für Familien. Er betont, dass eine klare Definition notwendig ist und bemängelt dies beim aktuellen Text. Er bekundet, dass auch sie als Mitunterzeichnende hier vielleicht zu schnell gehandelt haben und eine Präzisierung sinnvoll gewesen wäre. Die Regelung muss justiziabel sein. Er weist dabei darauf hin, dass es um Einschränkungen im Grundeigentum geht. Sie sind nicht ganzheitlich gegen eine Umnutzung. Eine solche kann bei Einliegerwohnungen oder einzelnen, nicht mehr gebrauchten, Zimmern in grösseren Häusern, sinnvoll sein. Sie unterstützen den Vorstoss, unabhängig von der Form.

Marc Fritschi (Parteilos) unterstützt den Vorschlag eines Sitzungsunterbruchs. Die Form erscheint ihm als zentraler Punkt und von Bedeutung. Mit der Motion wird der Gemeinderat verpflichtet, ein Reglement vorzulegen. Er weist darauf hin, dass erfahrungsgemäss der Rat ein Reglement beschliesst, wenn der Gemeinderat ein Reglement traktandiert - unabhängig davon, ob das Reglement nötig ist oder nicht. Das Postulat erscheint ihm als die korrekte Form für diesen Vorstoss. Der Gemeinderat kann ein Reglement entwerfen und unterbreiten mit dem für ihn stimmigen Inhalt und zum für ihn stimmigen Zeitpunkt. Mit der Motion würde in dieser Legislatur über etwas beschlossen werden, das allenfalls erst ein Jahr später spruchreif wäre. Er mutmasst, dass beim Wandel in ein Postulat der Vorstoss einstimmig überwiesen werden könnte, was bei einer Motion nicht der Fall sein wird.

Gemäss Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU** gilt es, die Thematik genau zu beobachten, sich mit anderen Städten abzusprechen und zielführende Massnahmen einzuleiten. Die genannten Beispiele sollten den Frei- und Spielraum bezüglich Wohnungsangebot nicht einschränken. Zwischen Motion und Postulat sieht er nur feine Differenzen. Für ihn geht es schlussendlich um die Frage, ob man jetzt etwas beschliessen will, oder ob man es sich nach einer Prüfung nochmals überlegen will. Die Fraktion tendiert dazu, dass man ein Reglement und einen gewissen Eingriff will. Sie glauben, dass der Gemeinderat gewillt ist, so ein Reglement zu erarbeiten und er sich mit der Thematik auseinander setzt. Sie gehen davon aus, dass sie vom Gemeinderat die entsprechenden Sachen vorgelegt bekommen und dann die politische Mehrheit dafür gefunden werden kann, was es wirklich braucht und was ein Zuviel an Regelung wäre. Allgemeines Ziel muss es sein, Vorfälle, wie sie genannt wurden, zu vermeiden. Es stellt sich die Frage, ob man politische Mehrheiten für das findet, was man im Reglement stehen haben will. Sie tendieren dazu, etwas mehr als nur eine Prüfung zu wollen. Er bestätigt, dass der Text Anpassungen braucht, weiss aber auch, dass das Schreiben einer gleich alles beinhaltenen Motion gar nicht so einfach ist. Justierungen können seiner Meinung nach noch vorgenommen werden.

Der Stadtpräsident erklärt, dass auch sie rechtliche, primär aber politische Überlegungen gemacht haben. Den Vorwurf, nichts machen zu wollen, wollten sie vermeiden. Er betont, dass eine Regulierung nicht so einfach ist. Er fragt sich, ob rückwirkend reguliert werden darf, wenn beispielsweise

jemand aktuell eine Zweitwohnung besitzt und diese aktuell als Airbnb vermieten kann. Er weiss, dass in Luzern das bestehende Reglement angefochten wurde. Gemäss Aussage der Genfer Vertreter im Thuner Tagblatt haben diese mit einer Meldepflicht die beste Erfahrung gemacht. Damit will er darauf hinweisen, dass es allenfalls Möglichkeiten mit gleichem Effekt, aber verhältnismässig kleinerem Eingriff, gibt. Sie wollen nicht überregulieren. Auch wollen sie nicht etwas regulieren, das nicht durchgesetzt werden kann. Sie denken, dass von der Bevölkerung eine gewisse Regelung erwartet wird.

Martin Allemann (SP) ist sich bewusst, dass die Ausarbeitung eines Reglements herausfordernd ist. Sie haben sich beim Schreiben der Motion an bestehenden Regelungen orientiert. Zwischenzeitlich gibt es wieder neue Regelungen. Für ihn ist es von unterschiedlicher Qualität, ob man vom Gemeinderat etwas prüfen lassen oder ob man eine verhältnismässige Vorlage will, über die entschieden wird. Dies hat nichts mit einem fehlenden Vertrauen an den Gemeinderat zu tun. Die Motion hat für ihn nach aussen einen klar anderen politischen Druck. Er erklärt, mit einer Motion den Gemeinderat in seiner Arbeit unterstützen zu wollen. Der Rat entscheidet am Schluss, ob der Gemeinderat für das Reglement den richtigen Wortlaut gefunden hat.

Der Stadtratspräsident erklärt, dass der Rat nicht über die Art des Vorstosses abstimmen wird. Findet man keine Einigung, so wird über die Motion abgestimmt. Er unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

Fünf Minuten Sitzungsunterbruch.

Martin Allemann (SP) informiert, dass sich die Urheberschaft bezüglich Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat oder eine andere Form nicht einigen konnten.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt die Motion mit 26 : 13 Stimmen an.

112. Postulat P 10/2024 betreffend Wahl- und Abstimmungscouverts als Geschäftsantwortsendungen

Manon Jaccard (SP), SP-Fraktion vom 2. Mai 2024; Beantwortung

Nach Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, würden vorfrankierte Antwortcouverts die Hürde, das ausgefüllte Stimmmaterial an die Stadt zu schicken, verkleinern. Die Stimmbeteiligung könnte so gesteigert und für die Demokratie als Ganzes etwas Gutes getan werden. Ein weiteres Hindernis ist ihrer Meinung nach, dass die Briefkasten Thunerhof und Stadtbibliothek nicht für alle auf dem Weg liegen. Sie empfehlen die Prüfung, weitere Urnen in Quartieren zu platzieren und hoffen, dass bald alle den Stimmzettel ohne grossen Aufwand abgeben können.

Simon Badertscher, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet ebenfalls, dass die Hürden möglichst tief angesetzt werden sollten, damit das Wählen und Abstimmen von möglichst vielen Stimmberechtigten wahrgenommen wird. Mit dem vorfrankierten Antwortcouvert würde diesem Ziel Rechnung getragen werden. Einer der Briefkasten liegt für viele näher als das Abstimmungslokal. Er ist nicht sicher, ob durch eine Frankierung tatsächlich mehr Stimmberechtigte zum Abstimmen animiert werden, möchte dies aber nicht unversucht lassen. Im Gegenzug könnten seiner Meinung nach gewisse Wahl- und Abstimmungslokale aufgehoben und somit Ressourcen gespart werden. Bezüglich Kosten weist er auf die angenommene Steuersenkung hin und ist überzeugt, dass für eine Finanzierung genügend

Geld da sein muss. Für ihn als Steffisburger waren vorfrankierte Antwortcouverts eine Selbstverständlichkeit. Sie werden dem Postulat einstimmig zustimmen.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, steht dem Ganzen kritisch gegenüber. Ihrer Meinung nach werden kostenfreie Antwortcouverts nicht zu einer höheren Wahl- und Abstimmungsbeteiligung führen. Er betont, dass die Stadt die Ausgaben im Auge behalten muss. Hier eingesetzte Kosten bringen keinen Nutzen, weshalb sie den Vorstoss mehrheitlich ablehnen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, weist deutlich auf das Privileg der Schweizer und Schweizerinnen hin, abstimmen und wählen und somit die politischen Rechte wahrnehmen zu dürfen. Er findet, das Wahrnehmen dieser Rechte dürfe kaum am Porto oder an einem Spaziergang zu einem Briefkasten oder zur Urne hängen. Für eine Zustimmung sieht er somit wenig Motivation. Die gleiche Fragestellung wurde schon vor Jahren gestellt. Zu damals haben sich lediglich die Öffnungszeiten der Wahllokale geändert. Sie werden das Postulat aufgrund fehlenden Nutzens grossmehrheitlich ablehnen.

Sandro Badertscher (Parteilos) ist der Auffassung, dass die hier ausgegebenen Franken nicht sinnvoll eingesetzt wären und somit durchaus ein finanzieller Schaden entstehen würde. Er weist darauf hin, dass alle, die die Frankierung nicht vermögen, die Couverts bei einem der Briefkasten oder an der Urne kostenfrei einwerfen können.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, wiederholt, dass 2011 ein Postulat mit gleichem Inhalt eingereicht wurde. Im März 2012 wurde das Postulat mit 31 zu 3 grüne Stimmen abgelehnt. Sie zeigen sich über einen gewissen Wandel erfreut. Sie unterstützen es, die Stimmenden nicht noch mit dem Porto zu bestrafen. Er findet schmunzelnd, es würde sich lohnen, auf die Grünen zu hören. Bei Annahme des Vorstosses 2012 hätte man bereits den Fortschritt von 12 Jahren hinter sich.

Der Stadtpräsident bremst die Euphorie von Stadtrat Thomas Hiltbold und weist darauf hin, dass bei einer Zustimmung erst ein Prüfauftrag gutgeheissen wird. In Bern wird die Vorfrankierung neu eingeführt. Sie wollen die Umsetzung dort analysieren und den Nutzen auswerten. So kann geschaut werden, ob die Stimmzahlen tatsächlich steigen oder nicht. Gestützt auf dieser Grundlage kann anschliessend ein politischer Entscheid gefällt werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 25 : 12 bei einer Enthaltung an.

113. Postulat P 14/2024 für eine Tourismusstrategie der Stadt Thun

Franz Schori (SP), Peter Aegerter (SVP), Mark van Wijk (FDP), SP-Fraktion, Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU vom 13. Juni 2024; Beantwortung

Der Stadtpräsident hält fest, dass sich der Tourismus in Thun positiv entwickelt und die Hotelübernachtungen kontinuierlich steigen. Von Bedeutung ist, dass die Gäste überwiegend aus der Schweiz oder dem angrenzenden Ausland stammen. Er betont, dass die Stadt Thun weit von einem Massentourismus entfernt ist. Es bestehen verschiedene strategische Leitblanken, in denen unter anderem definiert ist, dass der Tourismus einer nachhaltigen Entwicklung beitragen soll. Er verweist auf den bestehenden Leistungsvertrag mit Thun Thunersee Tourismus, der bis Ende 2025 läuft. Die Verlängerungsmöglichkeit wird in kommendem Monat ausgearbeitet. Der Leistungsvertrag beinhaltet einen Massnahmenplan. Dieser wird jährlich neu definiert, um bei gewissen Entwicklungen zusammen mit Thun Thunersee Tourismus reagieren zu können. Sie raten von der Forderung ab und wünschen eine

Abschreibung des Postulats. Die Partizipation der Bevölkerung sieht er als nicht umsetzbar. Der Einbezug der Bevölkerung würde fälschlicherweise den Eindruck erwecken, dass sie etwas steuern können. Seiner Meinung nach ist es nicht sinnvoll, Teilnahmemöglichkeiten in Gang zu setzen, deren daraus resultierenden Forderungen nicht nachgekommen werden kann. Dies schliesst nicht aus, dass sie sich gewissen Entwicklungen kritisch annehmen. Die vorgängig diskutierte Regulierung bezüglich Airbnb wäre eine Massnahme, die aus einer solchen Strategie fliessen würde. Er erklärt, dass zuerst die Strategie gemacht werden müsste, und dann Massnahmen wie Regulierungen folgen könnten. Im vorangehenden Vorstoss plädierte man jedoch für eine sofortige Umsetzung einer Massnahme, was ihm widersprüchlich erscheint. Er betont, dass ihre Ressourcen endlich sind. Er empfiehlt, den Prüfungsauftrag anzunehmen und abzuschreiben.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden. Seit Jahrzehnten herrschte die Auffassung, dass Tourismus etwas Gutes ist. Zwischenzeitlich hat sich das Bewusstsein soweit verändert, dass Tourismus auch zu viel des Guten sein kann. Sie gehen nicht einig mit der Meinung, dass Thun weit von Massentourismus entfernt ist. Dabei verweist er auf die übervollen Intercity-Züge aufgrund des Tourismus, unter denen die Thuner Bevölkerung leidet. In Interlaken ist Übertourismus bereits spürbar, ebenso in Spiez. Er mutmasst, dass das Problem auch bald in Thun entsteht. Er führt aus, dass Orte wie Mallorca, die schon lange an Übertourismus leiden, womöglich auch keine Tourismusstrategie hatten und immer nur die Vorteile vom Tourismus sahen. Er verweist auf Widersprüche in der Präsentation der SAKO P + StE. Beispielweise stellt sich die Frage, ob man auf Tagestourismus setzen möchte oder auf mehr Übernachtungen. Mit einer Strategie könnten solche Widersprüche geklärt werden. Er findet, der Gemeinderat kann sich mit der Erarbeitung einer Tourismusstrategie Zeit lassen. Für die SP-Fraktion ist das Reglement aus der Motion zu AirBnB klar prioritär. Die Strategie soll auf dem Bestehenden aufbauen und aufzeigen, was man hat, wohin man will und wie man dorthin kommt. Die Fraktion akzeptiert, dass die Strategie in der Kompetenz vom Gemeinderat liegt. Den Rat jedoch völlig vorauszulassen wäre ihrer Meinung nach keine gute Idee. Sie schlagen vor, bei der Erarbeitung der Strategie beispielsweise die SAKO P + StE als Sounding Board miteinzubeziehen. Er macht darauf aufmerksam, dass das Tourismusverhalten plötzlich schnell ändern kann. In Grindelwald hat ein Film zu deutlich mehr Tourismus geführt. In Iseltwald war es ein in den Sozialen Medien publiziertes Bild, das alles verändert hat. Sie wollen keinesfalls, dass Thun solange wartet, bis die Thuner Bevölkerung ähnlich wie die Bevölkerung in Mallorca damit beginnt, aktiv Touristinnen und Touristen zu vertreiben. Sie stellen den Antrag auf Annahme ohne Abschreibung.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, lobt die Art und Weise, wie sich die Thun präsentiert und positioniert und dankt dem Stadtmarketing. Sie sehen den letztjährigen Anstieg der Logiernächte um mehr als 18 Prozent als positiv und schlussfolgern, dass sich die Stadt im Tourismusbereich gut entwickelt. Auch im laufenden Jahr wird mit einer weiteren Zunahme gerechnet. Wichtig ist ihnen, dass sich diese Entwicklung nicht nur auf die Sommermonate Juli und August beschränkt. Es darf in diesen Monaten kein Übertourismus herrschen. Die in der Nebensaison vorliegende, solide Auslastung an Hotelbetten ist einer guten Strategie zu verdanken. Es ist ihnen ein Anliegen, dass mehr und auch preiswertere Übernachtungsmöglichkeiten für Anlässe und Veranstaltungen geschaffen werden. Als ideale Ergänzung zum bestehenden Angebot sehen sie eine Jugendherberge. Sie verweist auf das Postulat von 2020 mit der Forderung einer Jugendherberge im Areal der Schadaugärtnerei. Sie betont die Wichtigkeit, im Rat über den Fortschritt der Strategie informiert zu bleiben. Auch wenn der Rat keine Strategien genehmigen kann muss er die Entwicklung aktiv mitverfolgen können. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es nicht ab.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, macht einen Exkurs in die Vergangenheit. 1835 wurde Thun mit dem Bau von Hotels und Pensionen wie auch der Eröffnung der Tagesschiffahrt auf dem

Thunersee zu einem berühmten Tourismusort. 1859 erfolgte der Anschluss ans Eisenbahnnetz. 1875 wurde das Grandhotel Thunerhof erstellt. Schon damals gab es in der touristischen Entwicklung grosse Abhängigkeiten. Eine gesamtheitliche Betrachtungsweise war damals opportun und ist es noch heute. Entwicklungen, wie wirtschaftliche oder ökologische, müssen laufend antizipiert werden. Entsprechende Massnahmen müssen frühzeitig eingeleitet werden. Es geht also darum, zu agieren statt zu reagieren. Er hinterfragt, ob das mit den heutigen Instrumenten ganzheitlich erfolgen kann und führt aus, dass eine Strategie nichts für die Ewigkeit ist, sie jedoch für einen grossen Zeitraum entsprechende Ziele einer Stadt bündeln kann. So können Massnahmen zeitgerecht und ausgewogen eingeleitet werden. Er ist erstaunt darüber, dass die Stadt Thun dies bislang als unnütz erachtet hat. Die Fraktion wird die Entwicklung genau betrachten. Ein besonderes Augenmerk legen sie auf die Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Thun und Thun Thunersee Tourismus und die abgeleiteten Massnahmen mit klar definierten Leistungsinhalten. Sie sind überzeugt, dass dies allein nicht genügt. Ein Gang durch Interlaken führt bei ihm zu Unwohlsein. Eine solche Entwicklung möchte er in Thun nicht erleben. Zum Stadtpräsidenten gerichtet führt es aus, dass Partizipationsprozesse effizient oder weniger effizient gestaltet werden können. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es nicht ab.

Anja Dolder, **Fraktion Grüne**, begrüsst das Anliegen des Postulats, in der Stadt Thun eine nachhaltigen Tourismusstrategie zu verfolgen. Die Antwort des Gemeinderats bezüglich Qualitäts- statt Massentourismus entspricht ihren Vorstellungen. Fakt ist jedoch, dass der Tourismus in Thun zunimmt. Die Zahl an Übernachtungen erreichte 2023 ein Rekordhoch. Weiter wird ein Wachstum vom Tages-tourismus um 1 bis 2 Prozent pro Jahr angestrebt. Damit muss kurz- und längerfristig umgegangen werden. Sie würden es sehr begrüssen, wenn sich der Gemeinderat im Rahmen einer Tourismusstrategie fassen könnte. Sie schliesst sich dem Votum bezüglich Notwendigkeit einer Jugendherberge an. Sie verzichtet auf eine weitere Ausführung, was den steigenden motorisierter Individualverkehr (MIV) und Stau bei steigendem Tourismus betrifft, und hält fest, dass dies wohl allgemein unerwünscht ist. Wichtig ist ihnen, dass die Entwicklung vom Tourismus die Lebensqualität der Bewohner nicht beeinträchtigt und die Klimaziele nicht gefährdet. Dafür braucht es eine verbindliche Strategie. Sie nehmen das Postulat an und schreiben es nicht ab.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die genannten Massnahmen der Strategie vorgereifen. Gemäss Stadtverfassung definiert der Gemeinderat Strategien, die er dem Rat nicht zwingend vorlegen muss. Von grosser Bedeutung ist es ihm, dass für ideenreiche Akteure günstige Voraussetzungen und keine Einschränkungen und Regulierungen geschaffen werden. Ihm erscheint es sinnvoller, die Bevölkerung mit Airbnb etwas verdienen zu lassen, statt den Grossinvestoren von Übersee mit der Übernahme von Hotelketten. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Alice Kropf (SP) weist bezüglich Aussage, die Motion würde der Strategie vorgereifen, darauf hin, dass im Bereich Klima Massnahmen ebenfalls vor der Klimastrategie vorgenommen wurden. Das Gleiche gilt für die Wohnstrategie und der Bereich Wohnen. Ihrer Meinung nach kann die überwiesene Motion also vor Erarbeitung einer Strategie umgesetzt werden. Bezüglich Aussage, dass der Einbezug von der Bevölkerung nicht umsetzbar ist, betont sie, dass beim Einschlagen einer falschen Richtung gerade diese darunter leiden wird. Sie plädiert dafür, dass die Bevölkerung mitdefinieren kann, was für einen Tourismus, und wie viel davon, sie in der Stadt will. Ein Einbezug der Bevölkerung sieht sie als zwingend notwendig.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es mit 27 : 11 Stimmen nicht ab.

114. Postulat P 16/2024 betreffend das Abschliessen einer Leistungsvereinbarung mit der Ludothek Thun

Nina Siegenthaler (SP), SP-Fraktion, Nicolas Glauser (GLP), Barbara Lehmann (FDP), Sonja Graf (SVP), Michelle Marbach (Grüne), Alois Studerus (Die Mitte), Manfred Locher (EDU) vom 13. Juni 2024; Beantwortung

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch dankt den Frauen der Ludothek für ihr Engagement. Der Diskussion sieht sie gespannt entgegen.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, ist erfreut, dass der Gemeinderat das Postulat wohlwollend beantwortet hat und dass das Amt für Bildung und Sport die Ludothek mit einem von extern begleiteten Entwicklungsprozess unterstützt. Weiter sieht sie es positiv, dass nach Abschluss dieses Prozesses Optionen mit dem Verein Ludothek gemeinsam reflektiert werden. Sie führt aus, dass eine in Betrachtung gezogene Leistungsvereinbarung Gutes erhoffen lässt. Eine solche ist zwingend notwendig, um den Bestand der Ludothek zukünftig zu sichern. Die Ludothek erfüllt eine zentrale, gesellschaftliche Funktion. Spielen fördert Bildung, Kreativität, soziale Integration und stärkt den Gemeinschaftsinn. Gerade in Zeiten, in denen digitale Angebote immer mehr Raum einnehmen, ist die Horizonterweiterung durch Spiele von grossem Wert. Das Spiel trägt zu einer ganzheitlichen Entwicklung bei. Das Bereitstellen von Spielsachen, gerade auch für jene, die sich den Kauf von Spielsachen nicht leisten können, fördert die Chancengleichheit. Die gemeinnützige Dienstleistung ist zweifelslos von gesellschaftlichem Interesse, was die steigenden Ausleihzahlen bestätigen. Für eine langfristige Sicherung der Ludothek braucht es für die Mitarbeitenden faire und nachhaltige Arbeitsbedingungen. Sie betont, dass die geleisteten Arbeiten wie die Verwaltung, die Pflege und Instandhaltung von Spielsachen, die Kundenbetreuung wie auch die Durchführung von Anlässen nicht mehr auf ehrenamtlichem Engagement basieren können. Sie erörtert, dass es nicht um den Erhalt einer Freizeiteinrichtung geht, sondern um eine Investition in unsere Kinder, unsere Gesellschaft und die Zukunft des sozialen Miteinanders. Sie wollen den Fortbestand der Ludothek sichern und hoffen auf eine breite Annahme. Weiter plädieren sie dafür, dass der Gemeinderat eine Leistungsvereinbarung konkret ins Auge fasst.

Barbara Lehmann Rickli, **Fraktion FDP/Die Mitte**, führt aus, dass die Argumente im Postulat vorliegen. Es geht um Gemeinschaft, soziale Interaktion, Bildung, Entwicklung, Nachhaltigkeit und ein kostengünstiges Angebot. Die Ludothek ist für die Gemeinschaft genauso wichtig wie die Bibliothek. Entgegen der Aussage vom Gemeinderat hat die Ludothek ähnliche Strukturen und Bedürfnisse. Sie findet, dass mit zahlreichen Institutionen und Vereinen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Dies manchmal sinnvollerweise, manchmal auch nicht. So scheint es für sie sinnvoll, auch mit der Ludothek eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen, um dem Verein mehr betriebliche Sicherheit gewährleisten zu können. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, zeigt sich beim Zustimmung von neuen Leistungsvereinbarungen verhaltend. Sie anerkennen das vorhandene Bedürfnis an der Ludothek. Für sie liegt das Problem darin, dass dem Verein immer wieder finanzielle und personelle Ressourcen fehlen. Der Verein steht damit vor grossen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Die Gesellschaft ist womöglich weniger gewillt, Freiwilligenarbeit zu leisten. Womöglich hat sie auch weniger Zeit dafür. In den vergangenen Jahren wurde es versäumt, zusammen mit der Stadt mögliche Lösungen mit ähnlichen Institutionen wie der Regionalbibliothek oder der Gemeinde Steffisburg zu suchen. Die Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Malenka Schmutz, **Fraktion Grüne**, hält fest, dass die Ludothek seit 45 Jahren einen wichtigen Bestandteil vom sozialen und kulturellen Leben in Thun ausmacht. Sie bringt Menschen zusammen,

fördert den Austausch und ermöglicht Jung, Alt und jenen mit kleinerem Budget einen einfachen Zugang zu Spielsachen. Spielen ist pädagogisch wichtig. Gerade in Anbetracht der zunehmenden Wichtigkeit von Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung bietet die Ludothek ein wertvolles Angebot für die Gemeinschaft. Sie dankt allen, die sich für die Ludothek engagieren und damit eine wertvolle Arbeit leisten. Sie bittet den Gemeinderat, das Engagement der hauptsächlich ehrenamtlich arbeitenden Frauen angemessen anzuerkennen. Eine Leistungsvereinbarung ist ein wichtiger und notwendiger Schritt für die Existenzsicherung der Ludothek. Sie nehmen das Postulat einstimmig an.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, ist überzeugt, dass die Ludothek ein sinnvolles Angebot bietet und unterstützt dies gerne. Früher bot die Ludothek primär finanzschwachen Familien die Möglichkeit, Spielzeugwünsche ihrer Kinder erfüllen zu könnten. Unterdessen leistet die Ludothek auf vielen Ebenen einen wünschenswerten Beitrag, sei es in der Förderung der Nachhaltigkeit, dem Eindämmen von Konsum oder im Ausprobieren von neuen Spielen, ohne dass damit Kinderzimmer überfüllt werden müssen. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch ist sich der betonten Wichtigkeit der Ludothek ebenfalls bewusst. Die Stadt unterstützt die Ludothek seit vielen Jahren ideell und finanziell. Sie anerkennen die Herausforderungen, denen sich das Team der Ludothek stellen muss. Der Generationenwechsel ist in vielen Betrieben und Institutionen immer wieder Thema. Es gilt, gute und faire Lösungen zu finden. Sie bestätigt, dass die Zusammenarbeit seitens Stadt Thun gewünscht ist. Sie ist überzeugt, dass mit ihrer Vertretung im Vorstand, im Rahmen eines Projekts zur Weiterentwicklung der Ludothek, eine gute Lösung gefunden werden kann. Für sie klingt es so, als sei mit der Leistungsvereinbarung alles erledigt. Sie bestätigt, dass mit einer Leistungsvereinbarung Planungssicherheit gewonnen werden kann. Was man auch bekäme, wäre eine klar definierte Aufgabe, mit der auch Leistungen erfüllt werden müssen. Es gilt, die Vor- und Nachteile zwischen der Stadt und dem Verein zu diskutieren. Sie freut sich über die gute Aufnahme, so dass sie den Prüfauftrag wahrnehmen und entsprechend berichten können.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

115. Postulat P 12/2024 betreffend Energietarife der Energie Thun AG

Mathias Berger (SVP), SVP-Fraktion vom 2. Mai 2024; Beantwortung

Mathias Berger, **SVP-Fraktion**, findet, dass den Energiekosten im heutigen Wirtschaftsumfeld auch in der Politik auf allen Ebenen grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Der Gesamtbedarf an Energie in der Welt steigt gewaltig an. Schätzungen zufolge könnte der weltweite Stromverbrauch durch Künstliche Intelligenz bis zum Jahr 2027 auf über 80 Terawattstunden pro Jahr ansteigen, was dem aktuellen Energiebedarf eines Landes wie den Niederlanden entspricht. Deshalb will Google ein stillgelegtes AKW in Betrieb nehmen, um selber Energie für ihre künstlichen Intelligenzen und Serverfarmen zu erzeugen. In der Schweiz kämpfen aufgrund der vom Bund festgelegten hohen Gebühren Unternehmen ums Überleben wie etwa gerade die Stahlwerke Gerlafingen/Swisssteel. Er bedauert, dass auch in Thun aufgrund der steigenden Energiekosten Unternehmen ans Aufgeben denken müssen. Dies kam ihm zum Beispiel von einer Bäckermeisterin zu Ohren, die verdeutlichte, dass sie mit den Grossverteilern nicht mehr konkurrenzfähig sein werde, weil die Kosten für Strom, den sie zwingend fürs Backen braucht, zu hoch sind. Er weist auch auf die zahlreichen, neuen Wärmepumpen hin, die es in den kommenden Jahren brauchen wird. Er ist mit der Antwort vom Gemeinderat soweit zufrieden und betont, wie komplex das regulatorische Umfeld für die Energie Thun AG ist. Die Energie

Thun AG muss im Kanton in Konkurrenz zum halbstaatlichen BKW-Konzern überleben können. Er findet, die Energie Thun AG hat gut reagiert und den Strom- wie auch den Gastarif wieder gesenkt. Er ist zuversichtlich, dass die Energie Thun die Entwicklung im Markt gut beobachtet und rechnet damit, dass weitere Senkungen möglich sein werden. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist klar, dass die hohen Strompreise mit dem Peak im September 2022 für alle belastend sind. Ersichtlich ist aber auch, dass die Preise wieder gesunken sind. Viel wichtiger finden sie es, Strom einzusparen, sei es als Gewerbe, Private oder Unternehmen. Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde kostet auch bei steigenden Preisen nichts. Er verweist auf das Förderprogramm Energieeffizienz Stadt Thun. Unternehmungen können bis zu 50 Prozent ihrer Einsparungen oder maximal 20'000 Franken von der Stadt Thun finanzieren lassen. Der Unternehmer macht sich damit für zukünftige Energiekrisen viel weniger anfällig. Dies ist ökologisch nachhaltig und für den Unternehmer auch ökonomisch nachhaltig. Er nennt das Stahlwerk Gerlafingen und teilt mit, dass dieses mit 360 Gigawattstunden eineinhalbmal so viel Strom braucht wie die ganze Stadt Thun mit 217 Gigawattstunden. Höhere Strompreise sind für ein Unternehmen wie dieses somit sehr entscheidend. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, unterstützt die Ausführungen seines Vorredners. Energieeffizienz ist ein wichtiges Thema. Er ergänzt das Thema Energieeffizienz mit Eigenverbrauch und Eigenproduktion. Er dankt dafür, dass nun alle über die Zusammensetzung von Energiepreisen informiert und sich der grossen Regulationen auf dem Markt bewusst sind. Die Daten der Elcom zeigen, dass die Energiekosten für die Energie Thun AG die Hälfte vom Strompreis ausmachen. Die Energie Thun hat eine Eigenproduktion von lediglich 25 Prozent. Die restlichen 75 Prozent müssen eingekauft werden. Diesbezüglich schlägt er den Bogen zur Eigenproduktion und erläutert, dass bei einer Reduktion der Abhängigkeit durch Stromeinkäufe, eine Konstanz gewonnen werden kann. Er appelliert an die Energie Thun, keine Atomkraftwerke zu bauen, sondern die günstigen erneuerbaren Energien auszubauen. Sie soll Investitionen tätigen, gerade auch im Ausbau von Fernwärme. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es ab.

Gemeinderätin Andrea de Meuron dankt für die gute Aufnahme. Sie ist froh, dank dem Vorstoss aufzeigen zu können, wie klein der Handlungsspielraum vom Gemeinderat ist. Dies obwohl die Energie Thun AG zu 100 Prozent der Thuner Bevölkerung gehört und zwei Gemeinderatsmitglieder im Verwaltungsrat vertreten sind. Preise können nicht einfach so gestaltet werden, wie man es möchte. Sie korrigiert, dass der Energiebedarf schweizweit trotz steigenden Bevölkerungszahlen rückläufig ist. Dies ist dem Effizienzgewinn zu verdanken, wie dem Elektrifizieren gerade im Bereich Wärme und Mobilität.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

116. Interpellation I 06/2024 betreffend Eignungs- und Zuschlagskriterien im öffentlichen Beschaffungswesen der Stadt Thun am Beispiel Catering Tagesschulen und Mittagstische Stadt Thun

Nina Siegenthaler (SP), Manfred Locher (EDU), Fraktion SP, Fraktion GLP/EVP/EDU, Barbara Lehmann-Rickli (FDP), Thomas Bieri (SVP), Sonja Graf (SVP), Alex Reymondin (SVP) vom 2. Mai 2024; Beantwortung

Nina Siegenthaler (SP) ist von der Antwort befriedigt und verlangt keine Diskussion.

117. Interpellation I 04/2024 betreffend flächendeckendes Netz aus Temperaturmessstationen

SVP-Fraktion vom 2. Mai 2024; Beantwortung

Für Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist die Antwort nur teilweise befriedigend, weil nach der fachlich korrekten Antwort die richtige Schlussfolgerung fehlt. Das Projekt ist unnötig, weil der Kanton bereits dasselbe macht. Er wünscht keine Diskussion.

118. Interpellation I 07/2024 betreffend Klimawandelanpassung

Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne vom 2. Mai 2024; Beantwortung

Thomas Lanz (Grüne) ist von der Antwort befriedigt und wünscht keine Diskussion.

Thomas Lanz, Fraktion Grüne, gibt an dieser Stelle zur Interpellation betreffend flächendeckendes Netz aus Temperaturmessstationen eine Fraktionserklärung ab. Er korrigiert die Ausführungen und betont, dass es sich bei der Stadt und dem Kanton nicht um dieselbe Tätigkeiten handelt. Das eine ist die Analyse vom Kanton, die von einer Station in Bern aus erfolgt. Dabei handelt es sich um Modelldaten. Bei der Stadt geht es um tatsächlich gemessene Daten, die um ein Vielfaches genauer sind. Er betont die Wichtigkeit solcher Daten, um die Temperaturveränderungen in der Stadt genau im Auge zu haben.

119. Postulat P 23/2024 betreffend Prüfung einer Änderung des Reglements über den Ausgleich von planungsbedingten Mehrwerten (Mehrwertausgleichsreglement, MWAR) - Ergänzung eines Minderwertausgleichs

Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Mark van Wijk (FDP), Sandro Badertscher (Parteilos), Angelika Zimmermann (Mitte); Dringlichkeitsbeschluss

Valentin Borter (SVP) will vom Stadtrat schnellstmöglich hören, ob er dies als prüfenswert beurteilt oder nicht. Sie sind sich bewusst, dass die Ausarbeitung eines allfälligen Reglements schwierig sein wird.

Der Stadtpräsident bestätigt, dass es kompliziert ist. Die Nachteile aufgrund Planungsmassnahmen werden üblicherweise unter dem Stichwort «materielle Enteignung» entschädigt. Er betont, dass sich verfassungsrechtliche Fragen, wie auch Fragen der Gemeinshaftautonomie stellen. Es wäre ein Instrument, das seines Wissens nach noch niemand hat. Er plädiert auch da nicht für Dringlichkeit, um eine fundierte Antwort geben zu können.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 19 : 16 Stimmen ab.

120. Interpellation I 09/2024 betreffend Benachteiligungen im Mehrwertausgleichsreglement

Angelika Zimmermann (Fraktion FDP/Die Mitte) vom 24.10.2024; Dringlichkeitsbeschluss

Angelika Zimmermann (Die Mitte) teilt mit, dass die Interpellation grundsätzlich als nicht dringlich eingestuft wird. Sie weist aber darauf hin, dass im Januar oder zumindest im ersten Quartal das neue Baureglement und damit die Inkraftsetzung des Mehrwertausgleichsreglement in Kraft tritt. Ein Blick auf Immoscout zeigt, dass deutlich mehr Stockwerkeigentum als Häuser verkauft wird. Die Stadt Thun braucht spätestens im ersten Quartal Antworten auf die Fragen. Sie hätten diese gerne schon jetzt.

Der Stadtpräsident bestätigt, dass objektiv keine Dringlichkeit besteht. Der gesamte Regelungskomplex ist kompliziert. Er will lieber korrekte, anstelle schneller Antworten liefern und bevorzugt seriöse Abklärungen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt die Dringlichkeit grossmehrheitlich ab.

121. Fragestunde F 21/2024 betreffend digitale Kluft und städtische Massnahmen, um diese Kluft zu schliessen

Franz Schori (SP) vom 16. Oktober 2024; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet

Mitteilungen

Der Stadtratssekretär informiert er, dass die Stadratsmitglieder im Verlauf von Anfang November eine Umfrage zum Thema Anfeindungen von Parlamentsmitgliedern erhalten werden. Es geht um eine offizielle Umfrage der Universität Zürich und er bittet um die Teilnahme an der Umfrage. Weiter informiert er, dass die Anmeldung zum Stadratsabend bald per E-Mail erfolgen wird. Er bittet um eine rasche und zahlreiche Anmeldung.

Eingänge

- Postulat P 23/2024 betreffend Prüfung einer Änderung des Reglements über den Ausgleich von planungsbedingten Mehrwerten (Mehrwertausgleichsreglement, MWAR) - Ergänzung eines Minderwertausgleichs; Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Mark van Wijk (FDP), Sandro Badertscher (Parteilos), Angelika Zimmermann (Mitte)
- Interpellation I 9/2024 betreffend Benachteiligungen im Mehrwertausgleichsreglement; Angelika Zimmermann (Fraktion FDP/Die Mitte) vom 24.10.2024; Dringlichkeitsbeschluss
- Interpellation I 10/2024 betreffend Verschmutzung der Stadt Thun durch Hunde-Urin; Thomas Bieri (SVP) vom 24. Oktober 2024

Der Stadratspräsident

Philipp Deriaz

Der Stadtratssekretär

Christoph Stalder